Roland Götz

Rußland am Beginn von Putins zweiter Amtszeit

Ausgangspunkt Dumawahl 2003

Die Wahlen zum russischen Parlament im Dezember 2003 haben absehbare Trends unerwartet krass bestätigt: Erstens gelang „Einheitliches Russland“, der sogenannten „Partei der Macht“, ein überwältigender Sieg. Zweitens wurden die Kommunisten dezimiert und die liberalen Parteien „Jabloko“ und „Union der rechten Kräfte ganz aus der Duma geworfen. Drittens konnten Schirinowskis rechtsextreme „Liberaldemokraten“ sowie die erst vier Monate vor der Wahl gegründete linkspatriotische „Heimat“ die Stimmenanteile der beiden kleinen liberalen Parteien übertreffen.

Die OSZE hat die Wahl vor allem wegen der Bevorzugung der „Partei der Macht“ im staatlichen Fernsehen als „frei, aber nicht fair“ charakterisiert, doch ist zweifelhaft, ob bei einer „fairen“ Wahl die Ergebnisse wesentlich andere gewesen wären, denn der Wahlausgang gibt die Einstellungen der Bevölkerung am Ende von Putins erster Amtszeit, wie Meinungsumfragen belegen, zutreffend wieder.

Dumawahlen 1993-2003 (Stimmenanteile in %)

	1993	1995	1999	2003
Unser Haus Russland*		10,1	1,2	
Vaterland-Ganz Russland*			13,3	
Einheit ("Bär")*			23,3	
Einiges Russland*				37,4
Kommunistische Partei Russlands	12,4	22,3	24,3	12,7
Jabloko	7,9	6,9	5,9	4,3
Union der rechten Kräfte und Vorläuferparteien	15,5	3,9	8,5	4,0
Liberaldemokratische Partei Russlands	22,9	11,2	6,0	11,5
Heimat				9,0
Wahlbeteiligung	*54,4*	*64,4*	*60,4*	*55,6*

* „Partei der Macht“. Quelle: http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/10_dokument/1001_pdf/pub/russlandanalysen/Russlandanalysen9.pdf.

Die „Partei der Macht“ wird vom Staatsapparat auf allen seinen Ebenen – von der Moskauer Präsidialadministration über die Bürokratien der Föderalen Bezirke bis zu den Apparaten der Republiken und Gebiete – getragen. Sie war unter verschiedenen Bezeichnungen schon in den vorausgegangenen Dumawahlen aufgetreten und nennt sich seit 2003 „Einiges Rußland“. Die „Partei der Macht“ dient in leninistischer Tradition als „Transmissionsriemen“ der Politik der Führung in die Bevölkerung und ähnelt in dieser Hinsicht der Kommunistischen Partei der untergegangenen Sowjetunion.[1] Daß dieses von „Polittechnologen“ (wie die Politikberater in Rußland heißen) geschaffene Konstrukt so erfolgreich ist, während „echte“ Parteien um ihr Überleben kämpfen müssen, liegt nur teilweise an den Ressourcen wie Geld, Beherrschung der Medien sowie dem Einsatz der Bürokratie im Wahlkampf, die der Staatsapparat dafür mobilisieren konnte.[2] Die „Partei der Macht“ ist unverkennbar auch Spiegelbild einer autoritär-patriarchalischen Grundstimmung weiter Teile der russischen Bevölkerung. Der unabhängige Abgeordnete und ehemalige Parteichef einer Vorgängerorganisation der jetzigen Partei der Macht, Wladimir Ryschkow, meinte enttäuscht, daß Rußland 2003 für den „Konservativismus im Quadrat“ gestimmt habe. Die finstersten Werte aus der sowjetischen und zaristischen russischen Geschichte, nämlich Militarismus, Chauvinismus, Imperialismus, Nationalismus und Sozialismus, hätten wieder Oberwasser.[3]

Freilich hat zu dem guten Abschneiden dieser „Konservativen“ 2003 auch die Schwäche der politischen Rivalen in nicht geringem Maß beigetragen: Der Niedergang der Kommunisten, die nun wieder bei dem Stimmenanteil von 1993 angelangt sind, ist darauf zurückzuführen, daß sie – nach einem deutlichen Aufschwung Mitte der neunziger Jahre, als sie sich den Protest gegen die Wirtschaftstransformation zunutze machen konnten – inzwischen als Protestpartei abgedankt haben. Die KP Rußlands ist zwar immer noch eine Massenpartei und schart Teile der Unzufriedenen um sich, kann diesen aber keine Perspektive mehr bieten.

Zum Teil auf programmatische Schwächen und nicht zuletzt auf die geringe Attraktivität ihrer Führungspersönlichkeiten ist das Scheitern der beiden liberalen Parteien (die diesen Namen im Unterschied zur „liberaldemokratischen“ Partei Wladimir Schirinowskis wirklich verdienen) zurückzuführen. Weder der politisch verbrauchte Chef von „Jabloko“ Grigori Jawlinski, noch die in der Bevölkerung als Symbole für die verhaßte Privatisierung geltenden Anatoli Tschubajs und Jegor Gaidar, und auch nicht die „Powerfrau“ Irina Chakamada, mit denen die „Union der rechten Kräfte“ antrat, konnten gegen das Prestige ankommen, das

---

[1] Ebenso erinnert der russische Präsident an die Generalsekretäre der KPdSU, während die russische Regierung ähnlich bedeutungslos ist wie ihre sowjetischen Vorläufer es waren.

[2] Eberhard Schneider, Die Staatsdumawahl am 7. Dezember 2003 - Rechtsruck im russischen Parlament? Überarbeitetes Vortragsmanuskript, 13.01.2004, http://www.swp-berlin.org/produkte/diskussionspapier/.

Präsident Wladimir Putin der „Partei der Macht“ verlieh. Ihr Scheitern muß als eine vorläufige Absage der russischen Gesellschaft an die Idee der parlamentarischen Opposition als Regulativ der Tätigkeit des „guten Vaters“ an der Staatsspitze interpretiert werden.[4] Für die praktische Parlamentsarbeit bedeutet das Fehlen der Abgeordneten der beiden liberalen Parteien auf jeden Fall eine Schwächung des Sachverstands im Parlament. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß sich unter den Abgeordneten der „Partei der Macht“ neben vielen Karrieristen und Opportunisten auch welche finden, die an einer sachlichen parlamentarischen Arbeit interessiert sind und daß aus dem Bürokratiegeschöpf nach und nach eine „echte“ Partei wird, die das „Zentrum“ repräsentiert.

Die rechtslastige KGB-Gründung mit dem irreführenden Namen „Liberaldemokraten“ entwickelte sich spiegelbildlich zur Kommunistischen Partei. Schirinowskis Anhänger hatten nach ihrem fulminanten Start 1993 in den beiden Dumawahlen 1995 und 1999 Wähler an die Kommunisten verloren, diese jedoch 2003 wieder zurückholen können. An deren Seite ist 2003 die linksnationale Protestpartei „Heimat“ getreten, über deren Zukunftsaussichten man nur spekulieren kann, denn ihre Anführer, den „Linkskeynesianer“ Sergej Glasjew und den Nationalisten Dmitri Rogosin, trennen ideologische Welten.

Die „Partei der Macht“ wird im der neuen Duma über 300 Sitze verfügen können, die sich aus 120 über die Parteiliste gewählten Abgeordneten, ihren gewählten Direktkandidaten sowie zu ihr gestoßenen Unabhhängigen zusammensetzen.[5] Unterstützung wird sie zudem in vielen Fragen zudem von den Abgeordneten der „Liberaldemokraten“ sowie der „Heimat“ finden. Als Opposition verbleibt dann nur noch die geschwächte, so daß mehr als 80% der Dumaabgeordneten zur Anhängerschaft von Präsident und Regierung gezählt werden können. Ein solches Parlament wird zu einer wirklichen Kontrolle der Regierung nicht in der Lage sein. Die schon in der vorhergehenden Sitzungsperiode zu beobachtende Angewohnheit, daß die Gesetze zwischen Präsidialadministration und den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt und ohne große Debatten angenommen wurden, dürfte zur Regel werden. Wenn er es wollte, könnte Putin die Verfassung ändern und sich eine dritte Amtszeit bescheren lassen.[6] Bislang hat der Präsident diese Idee von sich gewiesen, doch könnte er daran Geschmack finden,

---

[3] Interview von Ludmila Pivovarova mit Vladimir Ryzkov in: Novye izvestia, 20.1.2004.

[4] Es wiegt schwer, daß für die kommende Staatsdumawahl eine 7%-Hürde vorgesehen ist und daher für einen Wiedereinzug liberaler Parteien in die Duma 2008 nur geringe Aussichten bestehen.

[5] Von den 450 Abgeordneten des russischen Unterhauses (Duma) werden 225 direkt und 225 über Parteilisten gewählt. Die Direktkanditdaten werden entweder von den Parteien aufgestellt oder kandidieren als „Unabhängige“. In das Oberhaus (Föderationsrat) werden nach der von Putin initiierten Reform je zwei Vertreter der (derzeit 88) Föderationssubjekte (Republiken, Gebiete und andere territoriale Einheiten) entsandt, wovon einer die Regierung und einer das Parlament vertritt.

wenn sich abzeichnet, daß er in den kommenden vier Jahren seiner zweiten Amtszeit nicht die politischen Ziele erreichen kann, die er sich vorgenommen hat. Aber ist Putin wirklich der fast unumschränkte Herrscher Rußlands?

Wer herrscht im neuen Rußland?

Während der beiden Amtsperioden Boris Jelzins war viel von der „Familie", die angeblich die Drähte der Moskauer Politik in der Hand hielt die Rede und man munkelte, daß diese Kreise – wirkliche Mitglieder der Jelzinfamilie sowie deren Freunde und Finanziers – Putin als geeigneten Nachfolger ausgesucht hätten, weil er ihnen geeignet schien, ihre Interessen zu schützen.[7] Wenn das so war, hat sich die „Familie" ziemlich verkalkuliert. Putin hat als Präsident diskret, aber effektiv Jelzins graue Eminenzen und Hintermänner aus ihren Positionen entfernt.[8] Währenddessen hat sich die politische Führungsschicht Rußlands einschneidend verändert. Während in den Jelzinjahren die „strategische Elite" vor allem aus Ökonomen bestand, rekrutiert sie sich unter Putin vor allem aus Offizieren der Streitkräfte und der Geheimdienste. Diese „Tschekisten" waren seit Putins Amtsantritt in großer Zahl in die Schaltstellen der obersten Staatsorgane eingezogen.[9] Mittlerweile haben sie dort je nach Bereich zwischen 15% und 70% aller leitenden Positionen inne, wie die russische Soziologin Olga Kryschtanowskaja ermittelt hat.[10] Den höchsten Militarisierungsgrad weisen mit 70% die sieben Föderalen Bezirke auf, in denen die Apparate der Präsidentenvertreter und föderalen Inspektoren die Kontrolle über die Sicherheitsdienste und das Gerichtswesen übernahmen. Die Gouverneure und die lokalen Eliten wurden dagegen entmachtet. In der Moskauer Regierung wuchs das Gewicht der Sicherheitsdienste dadurch an, daß ihre Vertreter leitende Positionen in den Ministerien für Wirtschaft, Wissenschaft, Fernmeldewesen und Justiz einnahmen. 35% aller neu ernannten stellvertretenden Minister kamen seit 2000 aus dem militärischen bzw. Sicherheitsbereich. Auch in die Führungspositionen großer Konzerne

---

[6] Für eine Verfassungsänderung müssen neben zwei Dritteln der „Deputierten" der Duma auch noch drei Viertel der „Senatoren" des Föderationsrats sowie zwei Drittel der Parlamente der Föderationssubjekte stimmen.
[7] Welche Rolle die „Familie", der Geheimdienst und Jelzin selbst bei Putins Aufstieg an die Spitze des Staates spielten, ist allerdings keineswegs klar nachgewiesen. Eine von den verbreiteten Mythen freie Darstellung gibt Viktor Timtschenko, Putin und das neue Russland, Kreuzlingen/München 2003, S. 16 ff.
[8] Timtschenko, Putin und das neue Russland, S. 63 ff.
[9] In Rußland sind für die in zivile Dienststellen eingetretenen Angehörigen von Armee- und Sicherheitsdiensten mehrere gleichbedeutende Bezeichnungen geläufig: „Militärs" (voennye), Leute „mit Schulterklappen" (v pogonach), Tschekisten (nach der „Außerordentlichen Kommission" [ČK], dem ersten sowjetischen Geheimdienst), Machtvertreter (siloviki), „Spezialdienste" (specslužby) und andere.
[10] Olga Krystanovskaja, in: „Vedomosti", 30.06.2003 und in: „The Moscow Times", 2.07.2003. Siehe auch die deutsche Wiedergabe in „Monitor Osteuropa", 3.07.2003, S. 1. Ausgewertet wurden in der Untersuchung des Instituts für Soziologie an der Akademie der Wissenschaften zur „Putinschen Elite" in den Jahren 2001-2003 3500 Biographien von Regierungsmitgliedern, leitenden Angehörigen der Präsidialadministration, Abgeordneten der beiden Parlamentskammern, Angehörigen der regionalen Eliten und großer Geschäftsleute.

mit Staatsanteil wie „Gasprom“, „Rosneft“ (Erdöl), Roswooruschenie (Rüstungsindustrie) „Russische Eisenbahnen“ und „Russische kommunale Systeme“ sind Militärs und Geheimdienstler eingezogen.

Nach Meinung Kryschtanowskajas lag der faktischen „Militarisierung“ der russischen Elite seit dem Amtsantritt Putins allerdings kein vorher aufgestellter Plan zugrunde, sondern hatte sich dadurch ergeben, daß Putin – der in der Staatsspitze keine eigene Hausmacht hatte – etwa 20 ehemalige Kollegen aus den „Diensten“ in Führungspositionen einsetzte. Diese wiederum holten „Gleichgesinnte“ nach, was zu dem beobachteten Effekt führte. Die Auswahl geschah nicht in erster Linie nach Fachkenntnissen, sondern nach Loyalität, Zuverlässigkeit und Hingabe an die „gemeinsame Sache“.[11] Nicht nur ein gewisser „Verschwörergeist“ verbindet sie, sondern auch eine besondere Staatstreue, genauer der Glaube an den „starken Staat“ als Allheilmittel für alle Probleme. Dabei existieren zwischen ihnen durchaus Differenzen in Detailfragen und eine gewisse Abneigung der Moskauer „professionellen Geheimdienstelite“ gegenüber den Petersburger „Fremden“ und „Provinzlern“.

Die Macht der „Geheimdienstler“ in der Umgebung des Präsidenten beruht vor allem darauf, daß sie die Schlüsselpositionen der Personalpolitik besetzt halten. Was aber sind ihre inhaltlichen Positionen? Darauf gibt es keine direkte Antwort.[12] Militärs wie Angehörige der Sicherheitsdienste sind von ihren Grundüberzeugungen her „Linke“, die das „Gute für das Volk“ wollen. Dafür beanspruchen sie die Macht, und zwar die unbegrenzte Macht, die auf der Furcht beruht, meint Kryschtanowskaja. Es ist kein Wunder, daß sie wie viele russische Intellektuelle hierin Anzeichen für eine Wiederkehr des Sowjetsystems sieht. Die Spitzenpolitikerin der „Union der rechten Kräfte“ Irina Chakamada gibt dieser Meinung ebenfalls Ausdruck, wenn sie formuliert: „Wir erleben eine neue Sowjetunion, nur ohne Kommunismus, doch wieder mit der Herrschaft einer Partei.“ Und: „Wir haben noch das Internet, das Radio Echo Moskau, und noch wird niemand ohne Untersuchung und Gericht erschossen. Doch die Leute in Rußland haben wieder begonnen zu flüstern.“[13]

Man geht wohl nicht falsch in der Annahme, daß das Weltbild der Sicherheitskreise – nicht

---

[11] Interview von Igor‘ Bederov mit Olga Krystanovskaja, in: Novaja gazeta, 4.12.2003.

[12] Ein Beispiel für die Vorstellungen, die in den Sicherheitsstrukturen vorherrschen dürften, bieten die im Internet verbreiteten Thesen des „Rats für nationale Strategie", siehe http://www.snsr.ru/about.shtml. Im Juni 2002 hatten rund 20 Politologen und Wirtschaftswissenschaftler diese Diskussionsgruppe, die nach Ansicht russischer Beobachter eng mit Geheimdienstkreisen verflochten ist, gegründet. Die Gruppe, die bis Anfang 2004 von dem Politikberater Stanislaw Belkowski geleitet wurde, erregte mit ihre Schrift „Der Staat und die Oligarchie“ erstmals Aufsehen. Darin wird vor einer bevorstehenden Machtergreifung durch Gruppierungen von Oligarchen gewarnt und es heißt, daß die Verhaftung Chodorkowskis durch diesen „Denkanstoß“ gefördert wurde. Bald nach der Dumawahl folgten unter dem Titel „Die nationale Strategie und die Tagesordnung für die zweite Amtszeit Präsident Putins“ Ratschläge der Gruppe für den neuen Präsidenten.

[13] Interview mit Irina Chakamada, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.01.2004, S. 6.

nur in Rußland – davon geprägt ist, daß man überall Bedrohungen und Feinde wahrnimmt. Abgesehen von äußeren Feinden dürften in Rußland aus ihrer Sicht zu den Gegnern der Staatsmacht Oppositionelle jeglicher Art, neugierige Journalisten, verdächtige NGO‘s und alle Personen und Gruppen zählen, die Einfluß und Macht besitzen, ohne direkt vom Staat kontrolliert zu werden. Letztere sind vor allem in- und ausländische Unternehmer und daher ist es kein Zufall, daß gegen Ende der ersten Amtsperiode Putins (mit oder ohne sein Zutun) die Jagd auf die „Oligarchen“ eröffnet wurde.

Staat und Wirtschaft

Das problematische Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Rußland ist durch die Jukos-Affaire grell beleuchtet worden.[14] Obwohl man von offizieller russischer Seite das Vorgehen gegen die Jukos-Spitze als eine rein juristische Angelegenheit darstellte, hat sie doch allgemeinere Bedeutung. Die Vermutung, daß mit Michail Chodorkowski eine Persönlichkeit aus dem Verkehr gezogen wurde, die in vieler Hinsicht eine Gegenfigur zu Putin darstellt, läßt sich nicht beweisen, aber hat vieles für sich. Die Affaire wirft auch Grundsatzfragen auf, auf die in Putins zweiter Amtszeit Antworten gefunden werden müssen. Wie will man künftig mit dem Großkapital umgehen? Sollen nur die großen Privatisierungsfälle der neunziger Jahre auf den Prüfstand gestellt werden? Und wo soll diese Inquisition enden? Will man Schritte in Richtung Renationalisierung unternehmen? Und mit welcher Begründung?

Nicht zu bestreiten ist, daß die sogenannten „Oligarchen“ in Rußland, denen alle großen Ölgesellschaften außer der staatlichen Rosneft, Banken sowie die großen Metallurgiekonzerne und Maschinenbauunternehmen gehören, in kürzester Zeit auf eine Weise reich wurden, die mit Gerechtigkeit und Moral nichts zu tun hatte. Während die große Mehrzahl der Russen mit ihren Privatisierungsgutscheinen (Vouchers) praktisch nichts anzufangen wußten, gelang es wenigen – in der Regel dank ihrer Kontakte in den Strukturen der ehemaligen Sowjetunion wie Partei, Gewerkschaft oder Wirtschaftsbürokratie und zur Mafia – sich Betriebe zu einem Spottpreis anzueignen.

Was im Rußland der frühen neunziger Jahre ablief, war dasselbe wie die Bildung der großen Vermögen in Europa und in den USA einige Jahrhunderte früher, nur in unglaublich kurzer Zeit – d ie „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“. Sie revidieren zu wollen, klänge nach Gerechtigkeit, wäre aber nicht wirklich gerecht. Denn was in Rußland in den neunziger Jahren zu Schleuderpreisen erworben wurde, wurde vielfach bald wieder weiterverkauft.[15] Die

---

[14] Siehe dazu Roland Götz, Rußland und seine Unternehmer, SWP-Aktuell 45/2003, November 2003, http://www4.swp-berlin.org/.

[15] Siehe auch Timtschenko, Putin und das neue Russland, S. 150 ff.

Gewinne und die Spekulanten sind in der Regel längst ins Ausland verschwunden. Die gegenwärtigen Besitzer und die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden „Oligarchen“ sind dagegen zu Produzenten geworden, die den Wirtschaftsaufschwung maßgeblich tragen. Außerdem fragt sich, an wen gegebenenfalls das konfiszierte Kapital umverteilt werden sollte. Etwa an staatliche Strukturen, die von den Sicherheitsdiensten kontrolliert werden? Dies hieße, wie man in China sagt, die Millionäre zu Milliardäre machen. Dem Wirtschaftswachstum dienlicher ist es, die entstanden Vermögen nicht anzutasten, sondern die Gewinne angemessen zu besteuern. Ein Rußland, das gerade seine Reputation als Investitionsstandort gefestigt hat, sollte die Eigentumsrechte schützen, statt sie zur Disposition zu stellen. Daß man mit Chodorkowski ausgerechnet einen Unternehmer an den Pranger gestellt hat, der sich erfolgreich aus den Fängen der Bürokratie befreit hatte, aber keine vergleichbaren Anstalten macht, gegen die Korruption und damit gegen die unheilvolle Verstrickung von Staatsapparat und Wirtschaft vorzugehen, läßt daran zweifeln, daß Rußland unter Putin, was die Wirtschaft anbetrifft, auf dem richtigen Weg ist.

Putins Aussenpolitik

Die Beziehungen zum Westen waren in der Spätzeit Jelzins – im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung und dem Kosovo-Krieg – deutlich abgekühlt und die Idee einer strategischen Partnerschaft mit China hatte Anhänger gewonnen. Von Putin glaubte man zunächst, daß er in den Beziehungen zu den USA auf Gegenmachtbildung und im postsowjetischen Raum auf Hegemonie aus wäre. Aber es kam anders. Putin übte zwar Kritik an der unipolaren Tendenz der amerikanischen Aussenpolitik, sandte jedoch gleichzeitig Signale der Kooperationsbereitschaft mit dem Westen aus.[16] Bald wurden die Beziehungen zur NATO intensiviert, dann erfolgte nach dem 11. September 2001 die demonstrative Solidarisierung mit den USA. Der Beitritt in die von den USA geführte Koalition im Kampf gegen den Terrorismus erlaubte es Putin, seiner Führung des Tschetschenienkriegs eine international akzeptierte Legitimation zu geben.

Putins „Westschwenk“ war jedoch nicht rein taktisch oder pragmatisch motiviert, sondern entsprach seiner Überzeugung, wonach Rußlands Wiederauferstehen bzw. sein Weg in die Moderne nur in Kooperation mit dem Westen und Rußlands Öffnung zur Außenwelt Erfolg

---

[16] Sabine Fischer, Russische Aussenpolitik: Neue Akzente, bleibende Ambivalenzen, in: Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.), Die russischen Parlamentswahlen 2003, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen 52/2003, >, S. 12-17, http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/10_dokument/1001_pdf/ap/fsoAP52.pdf.

haben kann.[17] Gleichzeitig sollen jedoch die „nationalen Interessen“ gewahrt werden, wobei nicht immer klar ist, was das im Einzelnen bedeutet. Putins außenpolitische Grundeinstellung kann als Verschmelzung „liberaler“ mit „zentristischen“ und „realistischen“ Positionen gedeutet werden, die in der russischen aussenpolitischen Debatte ausgemacht wurden.[18]
Rußland akzeptierte die Errichtung amerikanischer Militärbasen in Zentralasien und unterstützte in Afghanistan die „Nordallianz“ gegen die Taliban. Erst im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg kam es mit der russisch-deutsch-französischen Allianz zu Ansätzen einer Gegenmachtbildung gegen die USA, die aber bald wieder ad acta gelegt wurden.
Da Europa Rußland außenpolitisch nicht als geschlossene Formation, sondern in Ermangelung einer gemeinsamen EU-Aussenpolitik bilateral entgegentritt, wird es in Rußland im Unterschied zu den USA nicht als Großmacht und weltpolitscher Rivale aufgefaßt. Daher sind die Beziehungen zu Europa entspannter und differenzierter als die zu den USA. Auf bilateraler Ebene scheint es weniger Probleme zu geben als bei dem Versuch, Rußland an die EU als Ganzem anzunähern. Die Idee eines „gemeinsamen Wirtschaftsraums“ bleibt eher Vision als Praxis, ebenso wie der kaum konkretisierte gemeinsame „Sicherheitsraum“.[19] Eine gewisse Reibungsfläche entsteht höchstens zwischen der „EU-Nachbarschaftspolitik“ gegenüber den GUS-Staaten, an welche die erweiterte EU angrenzt (Belarus, Ukraine) und der russischen Absicht einer stärkeren Anbindung von Belarus, der Ukraine und Kasachstans im Rahmen des „Gemeinsamen Wirtschaftsraums“, wie er im September 2003 in Jalta vereinbart wurde.
Rußlands Beziehungen zu den GUS-Staaten sind ebenfalls differenziert und ordnen sich nicht einfach in das Schema der Dominanz Rußlands unter. Problematisch sind und bleiben sie zu Georgien wegen dessen Verstrickung in das Tschetschenienproblem und seiner auf Eigenständigkeit pochenden Aussenpolitik. Problematisch können sie auch zu Belarus werden, weil die proklamierte Union mit Rußland – auf Grund von Vorbehalten beider Seiten – nicht vorankommt. Die Ukraine ist für Rußland der wichtigste Partnerstaat innerhalb der GUS, den es nicht an den Westen verlieren will und mit dem Rußland daher vorsichtig und pragmatisch umgeht. In Moldova hat Rußland mit Transnistrien einen Stützpfeiler, den es nicht aufgeben will. Rußlands Beziehungen zu Armenien und Aserbaidschan sowie zu den zentralasiatischen GUS-Republiken Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan haben sich unter Putin stabilisiert. Die Völkerfreundschaft hat abgedankt und

---

[17] Roland Götz, Vom starken zum effektiven Staat. Wladimir Putins Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2001, S. 1113-1122.
[18] Sabine Fischer, a.a.O.

die wirtschaftliche Zusammenarbeit hat oberste Priorität. Verbindend ist auch, daß Putins Rußland auf eine Präsidialautokratie hinsteuert, wie sie im gesamten GUS-Raum (mit Ausnahme Georgiens und Tadschikistans) anzutreffen ist.
Da Aussenpolitik in Rußland in erster Linie Sache des Präsidenten ist, sollte man für Putins zweite Amtszeit eher eine Fortführung der bisher deutlich gewordenen Linien als neue Akzente erwarten. Putin kann allerdings einige Fragen, die Europäer und die USA interessieren, nicht auf die lange Bank schieben. Dies betrifft den WTO-Beitritt Rußlands, die Energiecharta und das Kyoto-Abkommen. In allen drei Fällen hat Rußland die Ratifizierung dieser internationalen Abkommen immer wieder hinausgeschoben und macht dafür jeweils „nationale Interessen" verantwortlich. Im Kern geht es in allen drei Fällen darum, daß Rußland seinen Energiesektor vor ausländischem Wettbewerb schützen will. Der WTO-Beitritt scheiterte bisher an der Weigerung Rußlands, seinen Binnenpreis für Erdgas zumindest auf die Höhe anzuheben, die es anderen GUS-Staaten berechnet und ihn nicht als Subvention für seine Metallurgie und Düngemittelfabrikation zu benutzen. Rußland macht beim Transitprotokoll zum Energiechartavertrag technische Einwände geltend, aber Hintergrund seiner Abstinenz ist eher der Unwille, die Energietransporte aus Zentralasien, die über russisches Territorium verlaufen, internationalen Regeln zu unterwerfen. Beim Kyoto-Abkommen bringt Rußland nicht sehr überzeugend die Befürchtung ins Spiel, bei dem angepeilten hohen Wirtschaftswachstum (der berühmten Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts) bereits in wenigen Jahren die ihm gesetzten – sehr großzügigen – Grenzen für Schadstoffemissionen nicht mehr einhalten zu können.[20] Wenn Kyoto an Rußland scheitern sollte, wäre die Enttäuschung in der EU gewaltig.[21] Es ist durchaus möglich, daß Putin von seiner Umgebung gedrängt wird, auf die Teilnahme Rußlands am Kyoto-Abkommen und an der Energiecharta zu verzichten und den WTO-Beitritt weiter hinauszuzögern.

Putins Tschetschenien

Auf den ersten Blick stellt sich die erste Amtsperiode Putins als reine Erfolgsgeschichte dar. Seit er im Amt ist, wächst die Wirtschaft, ist die innenpolitische Lage ruhig, das

---

[19] Christian Meier, Nach der Dumawahl. Zur Gestaltung der Partnerschaft EU-Russland, in: SWP-Aktuell, 54/2003, http://www4.swp-berlin.org/produkte/.
[20] Unterschreitet die Emission von CO2 in Rußland den (wegen der damals noch arbeitenden Schwerindustrie hohen) Wert von 1990, kann es für die Differenzmenge Emissionszertifikate an Länder verkaufen, die ihre Grenzwerte überschreiten. Gegenwärtig (2004) hat Rußland erst rund 70% des Grenzwertes von 1990 erreicht.
[21] Damit Kyoto in Kraft tritt, müssen die beitretenden Länder mindestens 55% der Emissionsmenge von 1990 repräsentieren. Da die bis 2003 beigetretenen 104 Staaten nur 47% dieser Menge einbringen, ist der Beitritt Rußlands, dessen Emission 1990 17,4% der Gesamtmenge ausmachte, zwingend erforderlich.

außenpolitische Prestige gestiegen. Vom Untergang der Kursk und ihren beschämenden Begleitumständen (Vertuschung, Verzögerung ausländischer Hilfe, Nichtbestrafung der Schuldigen) wurde Putin nicht „beschädigt“, die Verhaftung Chodorkowskis und anderer russischer Geschäftsleute fand im Lande Zustimmung und wird ihm im Ausland nicht negativ angekreidet. Die Armut soll durch Wirtschaftswachstum überwunden werden, Ökologie ist kein eigentliches Thema. Aber war da nicht noch etwas? Ach ja, Tschetschenien ...

In der russischen offiziellen Politik und Publizistik ist dies ebenfalls kein herausragendes Thema, die Weltöffentlichkeit erinnert sich nur daran, wenn wieder ein schrecklicher Anschlag geschieht. [22] Moskau hat das Problem seinem Statthalter Ahmad Kadyrow überlassen und glaubt, mit dieser „Tschetschenisierung“ aus dem Spiel zu sein. Es interpretiert die Vorkommnisse dort als Teil des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus.[23] Aber entgegen dem ersten Anschein ist Tschetschenien zu Putins großer Niederlage und zu einer fortdauernde Belastung Rußlands geworden.

Schon die bloßen Zahlen veranschaulichen das Ausmaß der Tragödie: Im zweiten, von Putin maßgeblich geführten Tschetschenienkrieg (Oktober 1999 bis Juni 2000) sowie in der Nachkriegsphase bis 2002 wurden nach offiziellen russischen Angaben 14.000 und nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen 80.000 Zivilisten getötet und 300.000 vertrieben.[24] Nach offiziellen Angaben fielen im selben Zeitraum rund 4.500 Angehörige der russischen Streitkräfte, während russische Nichtregierungsorganisationen die Zahl der Gefallenen auf 11.000-14.000 schätzen.[25] Die Zahl der getöteten tschetschenischen Kämpfer geht in die Tausende. Nach der offiziellen Beendigung der Kampfhandlungen Mitte 2000 gehen die Militäroperationen weiter mit rund 5.000 Toten und Verletzten pro Jahr alleine auf russischer Seite sowie unvorstellbarem Leid der Zivilbevölkerung. Durch das Rotationsprinzip der in Tschetschenien stationierten Einheiten wurden Hunderttausende russischer Soldaten und Milizangehörige mit Gewalt und Rechtlosigkeit konfrontiert, von denen viele traumatisiert zurückkehren.

---

[22] Bei der Geiselnahme im Theater „Nord-Ost“ starben 129 Geiseln und 41 Geiselnehmer, bei dem Selbstmordanschlag bei einem Rockkonzert im Stadion Tuschino gab es 15 Tote. Bei zwei Selbstmordanschlägen in Nordossetien starben 2003 zusammen 68 Menschen, bei einem Anschlag auf einen Zug in Südrußland im Dezember 2003 weitere 42 Menschen. Weitere Anschläge mit Dutzenden von Toten ereigneten sich alleine 2003 in Tschetschenien selbst.

[23] Der ehemalige tschetschenische hohe Geistliche („Mufti“) Ahmad Kadyrow und spätere Gegenspieler des Präsidenten Maschadow, den Putin 2000 als Verwaltungsleiter Tschetscheniens eingesetzt hatte, wurde im Oktober 2003 nach dem erzwungenen Rücktritt aller namhaften Gegenkandidaten mit angeblich 80% der Stimmen gewählt, wobei schwere Wahlfälschungen stattfanden.

[24] Der erste Tschetschenienkrieg des neuen Rußlands fand Dezember 1994 bis November 1996 statt.

[25] Uwe Halbach, Gewalt in Tschetschenien: Ein gemiedenes Problem internationaler Politik, erscheint als Studie der SWP 2004.

Rußland kann diese Auseinandersetzung, in der es im Unterschied zu vielen Konflikten in anderen Weltregionen weder um ethnische, noch religiöse Fragen und auch nicht wirklich um eine Sezession geht, nicht gewinnen.[26] Dieser vor allem politische Konflikt findet kein Ende, weil Rußland durch seine Kriegsführung und Besatzungpolitik die Reihen seiner zu allem entschlossenen Gegner immer wieder auffüllt. Da die von Rußland in Tschetschenien eingesetzten Formationen selbst den umfangreichsten Terror gegen Schuldige und Nichtschuldige ausüben, hat das Geschehen in Tschetschenien – das massivste Gewaltereignis am Rande Europas und die größte humanitäre Katastrophe im Bereich der OSZE – mit einer Anti-Terror-Operation äußerst wenig zu tun.[27]

Rußland interpretiert den tschetschenischen Widerstand entweder als „islamischen Terrorismus", oder als Werk von angeblich nur 200-300 „Banditen", die einer endgültigen Normalisierung und Befriedung im Wege stünden. Die russische Seite verkennt dabei völlig, daß der tschetschenische Widerstand vor allem aus der Rache für Verbrechen an der tschetschenischen Bevölkerung – Morde, illegale Hinrichtungen, Entführungen, Folterungen, Vergewaltigungen, Plünderungen – genährt wird. Diese Verbrechen sind deswegen möglich, weil sie von der Militärführung toleriert bzw. von Einheiten ausgeführt werden, die sich der Kontrolle der Führung gänzlich entzogen haben. Russisch/sowjetische Traditionen der Mißachtung des Lebens der eigenen Soldaten erzeugen bei den einfachen Soldaten ein Gefühl der Wehrlosigkeit, das durch eigene Grausamkeit kompensiert wird. Ohne Frage haben auch Tschetschenen Russen entführt, gefolgert und ermordet. Dies rechtfertigt aber nicht, daß die russische Seite in Tschetschenien ihrerseits die Menschenrechte grundsätzlich und systematisch und viel mehr als im ersten Tschetschenienkrieg mißachtet.

Der erste Tschetschenienkrieg war auf Anweisung Jelzins 1996 beendet worden, als sein damaliger Sicherheitsberater General Alexander Lebed einen Waffenstillstand aushandelte.[28] Putin hat zu einem vergleichbaren politischen Schritt, der die verhandlungsbereiten und repräsentativen Kräfte der Gegenseite einbeziehen müßte, bislang keinen Willen gezeigt. Rußland hat keinen der vorhandenen Friedenspläne aufgegriffen, die alle davon ausgehen, daß erstens die „andere Seite" beteiligt und zweitens eine „Dritte Kraft" als Vermittler eingeschaltet werden muß. Es ist zu befürchten, daß in Putins zweiter Amtszeit versucht werden wird, den Weg der „Tschetschenisierung" weiter zu gehen, was eine Fortdauer des

---

[26] Zur militärtheoretischen Einordnung als „asymmetrischen Kampf" siehe Aleksandr Proskurjakov, Tschetschenien: Krieg ohne Ende? In: Osteuropa, 4/2003, S. 452-463.

[27] Halbach, Gewalt, S. 4; Maura Reynolds, Krieg ohne Regeln. Russische Soldaten in Tschetschenien, in: Florian Hassel (Hg.), Der Krieg im Schatten. Rußland und Tschetschenien, Frankfurt a.M. 2003, S. 124-136.

[28] Im Mai 1997 unterzeichneten Jelzin und der tschetschenische Präsident Maschadow einen Friedensvertrag, der die Entscheidung über den Status Tschetscheniens auf fünf Jahre vertagte.

Konflikts unvermeidlich macht. Solange die westlichen Rußlands These von der „inneren Angelegenheit“ nicht in Frage stellen und die Interpretation eines „Anti-Terror-Kampfs“ nicht zurückweisen, dürfte sich an Moskaus Haltung nichts ändern.

Chaos und Ordnung

Offenkundig hat sich das politische System Rußlands in den vier Jahren seit dem Amtsantritt Putins gewandelt. Unter Jelzins war Rußland eine pluralistische Präsidialdemokratie gewesen. Der von der Verfassung mit großen Vollmachten ausgestattete Präsident gab nicht nur dem sich spontan entwickelnden Kapitalismus, sondern auch Medien und der Zivilgesellschaft Raum. Seine Herrschaft war allerdings weder durch eine breite Zustimmung des Volkes, noch durch feste Mehrheiten im Parlament abgesichert. Jelzins Kunst bestand darin, die politischen Kräfte gegeneinander auszuspielen und den Staatsapparat durch personelle Umbesetzungen von sich abhängig zu halten.

Putin brachte „Ordnung“ in dieses angebliche „Chaos“. Er stärkte die staatlichen Strukturen durch Errichtung der „Machtvertikale“ vom Zentrum in die Regionen, ließ eine Beschränkung der Medienfreiheit zu, erteilte im Fall Jukos/Chodorkowski dem Big business eine Lehre und kann sich seit Dezember 2003 auf ein Parlament stützten, in dem eine ihm ergebene Partei eine verfassungsändernde Mehrheit hat. Im Unterschied zu Jelzin wird er von einer Woge der Zustimmung getragen, die er durch geschicktes Auftreten selbst erzeugt.

Putin erscheint somit mächtiger als Jelzin oder auch Gorbatschow es jemals waren. Zwei Fragen stellen sich allerdings: Erstens, wozu braucht Putin diese Machtfülle? Zweitens: Wie weit ist Putin nicht noch mehr Instrument seiner Umgebung, als es Jelzin es in einem gewissen Umfang war?

Manche meinen, daß Putin seine Macht benötige, um seine Wirtschaftsreformen weiter zu führen, also die von ihm angestrebte Modernisierung Rußlands voran zu treiben. Die bekannte russische Politologin Lilia Schewzowa sieht bei einer Konsolidierung der Macht Putins bessere Chancen für Strukturreformen wie die Verwaltungsreform, die Deregulierung der Wirtschaft, die Justizreform, die Bankenreform, die Reform von Gasprom, eine Parlamentsreform im Sinne einer „Erweiterung der Rolle des Parlaments“.[29] Chris Weafer von der Alfa-Bank in Moskau kann sich vorstellen, daß Putin nun die Steuerschlupflöcher schließt, in denen russisches Fluchtkapital aus dem Öl- und Gassektor verschwand, worauf hin dann die Steuerlast für die restliche Wirtschaft vermindert werden könnte. Ebenso könne

---

[29] Lilia Schewzowa, Die russische Staatsmacht vor den Wahlen, in: Pleines/Schröder (Hg.), Die russischen Parlamentswahlen 2003, S. 8-11, hier S.9.

dann mehr Geld in die Infrastruktur und das Erziehungswesen investiert werden.[30] Mit einem gefügigen Parlament wären diese Vorhaben nun leichter als früher auszuführen und daher wären die Ausichten für Investoren aus dem Ausland besser als je zuvor, vermutet man in Wirtschaftskreisen, die über den Wahlausgang 2003 keineswegs unglücklich sind.
Aber braucht man dafür ein von einer Staatspartei beherrschtes Parlament, eine eingeschüchterte Presse, ein mit Gefängnis bedrohtes Unternehmertum, einen von Geheimdienstlern und Militärs durchdrungener Staatsapparat? Der gegenteilige Effekt könnte eintreten und der sich unter Putin vollziehende Umbau des politischen Systems zu einer Bremse für die von ihm angestrebten Strukturreformen werden. Auch wenn es so ist, wie vielfach beklagt wird, daß die guten Moskauer Gesetze und Anweisungen durch die Bürokratie auf unterer Ebene und in der Provinz sabotiert werden, was soll dagegen eine an der Spitze erstarkte und von Verschwörermentalität geprägte Bürokratie helfen? Wie die weltweite Erfahrung zeigt, sind es protestierende Bürger und eine freie Presse, welche die Bürokratie in ihrer selbstherrlichen Entfaltung hemmen und nicht „bessere“ Bürokraten. Es ist die Frage an Putin in seiner zweiten Amtsperiode, ob er der russischen Gesellschaft den notwendigen Freiraum gegenüber dem Staat einräumen kann und will, den er programmatisch vielfach beschworen hat.

Eine veränderte Version dieses Textes ist erschienen in:
Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2004

[30] Putin’s way, in: The Economist, 11.12.2003.